

## Militante Jugendweihen 1956

### Unterricht beginnt im Oktober mit „erweitertem Programm“

In knapp 14 Tagen beginnen in allen Teilen der Zone die Unterrichtskurse für die Jugendweihen des kommenden Frühjahres. Sie werden wöchentlich im Rahmen einer mehrstündigen Schulung durchgeführt. Der „Zentrale Ausschuß für Jugendweihen“, eine direkt dem Sekretariat des SED-Zentralkomitees unterstehende „überparteiliche“ Organisation, hat dazu Richtlinien erlassen, die abermals viele Zehntausend Eltern in Gewissenskonflikte stürzen. Obwohl der Sekretär dieses Ausschusses, Streuffert (SED), betonte, die Jugendweihen und auch die Teilnahme am Unterricht seien freiwillig und man werde keinen Zwang ausüben, wird die antireligiöse Propaganda im kommenden Halbjahr weitgehend intensiviert.

Die schweren Auseinandersetzungen um die Jugendweihen des letzten Frühjahrs sind noch nicht vergessen. Auch damals wurde die angebliche Freiwilligkeit betont und antireligiöse Propaganda bestritten. Tausende von Schulgängern und Obersehülern wären sich darüber im klaren, daß Versetzung, Abgangszeugnis und Berufswahl von der Teilnahme an den Jugendweihen-Stunden abgehängt haben.

#### SED übernimmt Regie

Wenn sich trotzdem die weit- aus größere Mehrzahl der Jugendlichen von der antireligiösen Kampagne ferngehalten hat, so war das nicht zuletzt dem entschlossenen Eintreten vieler verantwortungsbewußter Lehrer zu verdanken, die nicht selten ihre Stellung in diesem Streit verloren. Von den insgesamt 83 000 Kindern, die an den Kursen teilnehmen mußten, haben auch dann nur 60 000 die „Jugendweihe“ angenommen. Allein 1100 Großveranstaltungen hat die SED zu diesem Zwecke durchgeführt. Um die „Feierstunden“ zu füllen, mußten Parteimitglieder und Betriebsarbeiter aufgeboten werden. Viele Wissenschaftler und Künstler, die man ohne ihr Wissen auf die Referenten-Liste des „Zentralen Ausschusses“ gesetzt hatte, haben sich offen von den Veranstaltungen distanzier-

Gegen die Tätigkeit des „Ausschuß für Jugendweihen“ hat es energische Proteste sogar bei der Regierung gegeben. Mit Vorbedacht stellte man dieses Gremium darum als „eine Gruppe von unabhängigen und an der fortschrittlichen Erziehung ihrer Kinder interessierten Personen“ vor. So war das offenkundig von der sowjetischen Gottlosen-Bewegung inspirierte Treiben formell nicht anfechtbar, weil man weder eine Partei- noch Regierungsstelle für den Verstoß gegen die verfassungsmäßig garantierte Freiheit des Glaubens verantwortlich machen konnte.

#### Überrumpelungsverfahren

Diesmal glaubt die SED, darauf verzichten zu können. Der „Zentrale Ausschuß für Jugendweihen“ ist zwar noch immer nicht in die Liste staatlicher Institutionen aufgenommen, erhielt aber ein vom Volksbildungsministerium angeleitetes „Sekretariat“, das nunmehr direkt auf die Schulen Einfluß nehmen kann. Die Beauftragten des Ausschusses werden von der kommenden Woche an die entsprechenden Schulklassen inspizieren und zu den Jugendlichen über die „Jugendweihe“ sprechen. In Anwesenheit des Schuldirektors, zumeist eines FDJ- oder SED-Funktionärs, will man von den Jugendlichen im Über-

rumpelungsverfahren eine Art Verpflichtung erreichen. Gleichzeitig werden die Eltern der in Frage kommenden Kinder von Vertretern des Ausschusses und ausgesuchten Lehrkräften in ihren Wohnungen und am Arbeitsplatz aufgesucht. Über jede dieser Unterredungen wird ein Bericht angefertigt, der sowohl dem Ausschuß als auch der Schulleitung (!) zugeleitet wird. Man kann sich denken, welche Druckmaßnahmen damit verbunden sind.

#### „Neue Gesichtspunkte“

Die von den Initiatoren angekündigte „Verbesserung des Unterrichts nach neuen Gesichtspunkten“ ist einfach zu umreißen: Neu sind die insgesamt 14 Unterrichtsstunden für „patriotische Erziehung“, in denen die Jugendlichen auf ihren späteren Militärdienst in der KVP vorbereitet werden. Weiterhin wird in der „Religionsgeschichte“ der gesamte christliche Glaube erstmals offiziell als „Aberglauben“ klassifiziert. Unter diesem Aspekt wird auch die Konfirmation diskutiert, an der die Schüler „ja teilnehmen“ könnten.

Die Kreis- und Ortsausschüsse, die diesmal direkt mit den staatlichen Stellen zusammenarbeiten sollen, haben als vorläufiges Ziel eine 80prozentige Beteiligung der Jugendlichen an der Jugendweihe gesteckt bekommen. Es besteht kein Zweifel, daß sie alle gesetzlichen und ungesetzlichen Mittel benutzen werden, um dieses ihnen gesteckte Ziel zu erreichen. Für die Eltern soll es eine Mahnung sein, bereits jetzt offen mit ihren Kindern über das Problem „Konfirmation oder Jugendweihe“ zu sprechen. Denn in 14 Tagen sprechen die Funktionäre darüber mit den Kindern.

## Die Entspannung ist unteilbar

DT. In Moskau sollte man das Gewicht der Einstimmigkeit nicht übersehen, mit der das deutsche Parlament der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion zugestimmt hat. In ihr kommt nicht nur die Freude über die endlich zugesagte Freigabe der noch zurückgehaltenen deutschen Gefangenen, sondern auch die Einsicht in die Notwendigkeit des diplomatischen Kontaktes mit der Sowjetunion zum Ausdruck. Ein guter Wille wird hier sichtbar, der bereit ist, unter die Vergangenheit einen Schlußstrich zu ziehen und Neues zu beginnen. Dabei ist man sich auf deutscher Seite, wie die Debatte im Bundestag zeigte, völlig klar über die gegensätzlichen Positionen, die in ideologischer Beziehung beide Völker trennen.

### Die Botschaft in Moskau

Diplomatische Beziehungen begründen noch keine Freundschaft, sondern ein formales völkerrechtliches Verhältnis, das im Interesse beider Partner sachlichen Zwecken dient. Freundschaft zwischen zwei Staaten ist nur möglich, wenn sie miteinander im Recht leben. Deutschland indessen erleidet heute noch das von den Sowjets begangene und fortgesetzte Unrecht der willkürlichen Spaltung. Seine Beseitigung ist die wichtigste Aufgabe, zu deren Lösung nun auch der diplomatische Kontakt mit Moskau beitragen soll.

Das bedeutet zugleich, daß die kommende deutsche Botschaft in Moskau eine der wichtigsten Positionen der deutschen Diplomatie sein wird. Ihre personelle Besetzung muß dieser Bedeutung entsprechen. Die Aufgabe des Botschafters wird es sein, Inhalt und Ziele der deutschen Politik so überzeugend wie möglich dem Kreml darzustellen. Für irgendeine Rapallo-Schwärmerei, die übrigens nur einer legendären Entstellung jenes geschichtlichen Aktes entspringt, ist in der Botschaft zu Moskau ebensowenig Raum wie für eine diplomatisch verschleierte Feindschaft. Dort muß vielmehr vollendete Sachlichkeit walten, ge-

rade auch im Spiel der Gegensätze. Der Bundeskanzler selbst hat in seinen Moskauer Verhandlungen für die Austragung sachlicher Gegensätze das Beispiel eines mit Freimut verbundenen guten Willens gegeben.

### Der Prophet

Chruschtschow selbst hat einiges getan, um die Problematik der Beziehungen nichtkommunistischer Staaten zur kommunistischen Sowjetunion deutlich zu machen. Er hat nämlich in seinen letzten Moskauer Reden mit militanten Worten der „sterbenden Welt des Kapitalismus“ die siegreiche Welt des Sozialismus entgegengestellt und erklärt, daß ihr die Zukunft gehören würde. Diese Prophezeiung auf Deutschland anwendend, meinte er kurz und bündig: „Die DDR ist die Zukunft Deutschlands.“ Hier fällt uns ein Wort des Bundeskanzlers ein, das er gelegentlich des Empfangs im Kreml in seinem Trinkspruch äußerte: „Chruschtschow ist ein Mann, der schnell sagt, was er denkt; aber ich glaube, man kann sich auf ihn verlassen.“ Was Chruschtschow über den Sieg des Sozialismus und die DDR als Zukunft Deutschlands prophezeite, das war tatsächlich schnell gesagt, aber auch der Bundeskanzler wird der Meinung sein, daß man sich hier nicht auf Chruschtschow verlassen sollte.

Zukunft? Tatsächlich ist die DDR nur eine gewaltsam aufrechterhaltene Gegenwart, die so deutsch und so hübsch ist, daß bisher fast zwei Millionen deutscher Menschen aller Schichten des Volkes aus ihr geflüchtet sind.

In der völlig verschiedenen Betrachtung eines so unbestreitbaren Tatbestandes wird die eigentliche Problematik der Beziehungen nichtkommunistischer Staaten zur Sowjetunion sichtbar: Sie entbehren der gemeinsam anerkannten Wahrheit und sogar der gemeinsamen Sprache. Das ist immer ein böser Mangel, erst recht dann, wenn die Wahrheit zwar bekannt ist, aber aus sehr tendenziösen Gründen entstellt wird. Die Entstellung liegt darin, daß Moskau die Überzeugung vortäuscht, als ob die Bevölkerung der sozialistischen „geordneten“ Länder das von Moskau dank

einer Mischung von Gewalt und List eingeführte kommunistische System bejahe. In Wirklichkeit reicht der staatlich organisierte Kommunismus genau so weit, wie nach dem Kriege die Macht der Roten Armee gedungen ist. In keinem der europäischen Satellitenländer — Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien und leider auch der Sowjetzone — beruht das kommunistische System auf dem freien Willen der Völker. Von einem Sieg der sozialistischen Idee kann also in keinem dieser Fälle die Rede sein, sondern nur von einer militärischen Macht, die politisch mißbraucht wurde.

### Zwischen zwei Gefahren

Im Bundestag wurde von dem Berliner Abgeordneten Dr. Krone mit Recht gesagt, daß in der sowjetischen Politik Perioden der Entspannung mit Perioden weltrevolutionären Dranges wechseln. Das ist die eine Gefahr, die der Westen bei allem guten Willen zur Verständigung, den wir von ihm fordern, nicht übersehen darf. Die andere Gefahr liegt darin, daß Moskau an dem einen Ende der Welt die Entspannung und an dem anderen die Spannung betreibt — oder betreiben läßt. Der Vertrag mit Pankow und die Erklärungen des Genossen Ulbricht, die aus diesem Anlaß gegeben worden sind, vermitteln einen Blick auf bedenkliche Möglichkeiten. Die Gefahr liegt darin, daß die Sowjetunion demnächst in Genf entspannend verhandelt, und daß man in Pankow mit tiefgekühlten Provokationen den kalten Krieg fortsetzt — gegen Berlin und gegen die Bundesrepublik.

Das wäre dann allerdings ein Punkt, an dem nicht nur die von Ost und West erstrebte internationale Entspannung, sondern auch die diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau kategorisch in Frage gestellt werden würden. Man kann nicht gleichzeitig in Genf dem Frieden dienen und in Pankow kalten Krieg führen. Es ist notwendig, daß die Westmächte und mit ihnen die Bundesrepublik solche Möglichkeiten schon heute ins Auge fassen, und zwar mit dem Entschluß, ihnen äußerst entschlossen zu begegnen. Denn nicht nur der Friede, sondern auch die Entspannung ist unteilbar!

## Entlassung Ende Oktober?

### Bonn zur Heimkehr der Gefangenen

Bonn (Eigenbericht). Nach den bisherigen Erfahrungen bei Gefangenentlassungen glauben zuständige Stellen der Bundesregierung, daß die 3626 deutschen Gefangenen, deren Entlassung die Sowjetregierung versprochen hat, etwa Mitte Oktober in Deutschland eintreffen werden. In allen früheren Fällen hat sich gezeigt, daß etwa vier- bis fünfwöchige Vorbereitungen vor der Entlassung notwendig sind. Man schätzt in Bonn, daß etwa drei Viertel der Gefangenen ohne jeden Vorbehalt entlassen werden.

Bei etwa einem Viertel der Gefangenen dürften die sowjetischen Behörden gleichzeitig mit der Entlassung nach Deutschland Strafsakten übergeben, damit die Fälle vor deutschen Gerichten erneut behandelt werden.

Wie schon bei den Moskauer Verhandlungen zum Ausdruck kam, vertreten die sowjetischen Behörden den Standpunkt, daß in diesen Fällen erneut Gerichtsverfahren in Deutschland eingeleitet werden müßten. In Bonn sind daraufhin Überlegungen angestellt worden, wie die deutschen Behörden sich in diesen Fällen verhalten sollen. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht getroffen, aber es scheint, daß die Notwendigkeit, neue Strafverfahren einzuleiten, in einer Reihe von Fällen nicht von der Hand gewiesen wird. Bei etwaigen Verurteilungen dürfte aber die Zeit der Gefangenschaft auf das Strafmaß angerechnet werden. Es gilt daher als wahrscheinlich, daß die

Heimkehrer selbst bei einer Verurteilung in allen Fällen freikommen.

Schon vor der Rückkehr der Gefangenen wird das Auswärtige Amt durch eine Anfrage bei der Sowjetregierung versuchen, die Namen der Heimkehrer zu erfahren. Sobald die Namen in Bonn bekannt sind, werden sie der Öffentlichkeit mitgeteilt werden.

## Durch Einigkeit zur Einheit

### Künftige westdeutsche Außenpolitik wird erörtert

Berlin (AP/DPA). Fragen der künftigen Außenpolitik haben im Mittelpunkt eingehender Erörterungen von Politikern der Regierungskoalition und Opposition gestanden.

Bundesvertriebenenminister Oberländer appellierte in Köln an die Politiker aller Richtungen, sich in den großen politischen Fragen des Volkes zusammenzufinden. Einigkeit sei die Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands.

## Raeder aus der Haft

Berlin (AP/DPA). Ganz überraschend ist der Großadmiral Dr. h. c. Erich Raeder aus dem Spandauer Gefängnis entlassen worden.

Der 79 Jahre alte Häftling war im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß im Oktober 1946 zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden. In einer offiziellen Viermächteverlautbarung heißt es, die Regierungen Frankreichs, der Sowjetunion, Großbritanniens und der USA hätten den Beschluß zur Freilassung Raeders mit Rücksicht auf sein hohes Lebensalter und seinen Gesundheitszustand gefaßt.

Raeder wurde von seiner Frau in Spandau abgeholt. Der frühere Oberkommandierende der Kriegsmarine trug bei seiner Entlassung einen schwarzen, leicht zerknitterten Anzug und ging auf einen Stock gestützt.

Raeder wurde von seiner Frau in Spandau abgeholt. Der frühere Oberkommandierende der Kriegsmarine trug bei seiner Entlassung einen schwarzen, leicht zerknitterten Anzug und ging auf einen Stock gestützt.

Von Kreisen der SPD wurde gewünscht, die westlichen Partner aufzufordern, sich mit einer Revision der Pariser Verträge einverstanden zu erklären. Noch vor Beginn der Konferenz müßten gemeinsame deutsche Vorstellungen über die Wiedervereinigung und ein System kollektiver Sicherheit erarbeitet werden.

### Antrag der Opposition

Die SPD, die auf eine außenpolitische Debatte im Bundestag vor der Genfer Konferenz besteht, will im Bundestag beantragen, daß die Bundesrepublik aus ihren vertraglichen Bindungen auf Grund der Pariser Verträge in dem Maße entlassen wird, wie sie der Wiedervereinigung hindernd im Wege stehen.

## Sudeten-Bischofskreuz für Dibelius

Berlin (AP/DPA). Die zur Zeit in Berlin weilende tschechische Kirchendelegation hat Bischof Dibelius besucht. Bei dieser Gelegenheit überreichte Prof. Dr. Hromádka, der Leiter der Delegation, Dibelius das Bischofskreuz, das der letzte sudetendeutsche Bischof in Böhmen und Mähren, Dr. Wehrenfenning, bis zu seiner Amtsenthhebung 1945 trug.

## Von Thadden Ehrendomherr

Unter starker Anteilnahme der Bevölkerung vollzog Bischof D. Dibelius im Brandenburger Dom

die feierliche Einführung des Kirchenpräsidenten D. von Thadden-Trieglaff in das Amt eines Ehrendomherrn. An dem Festgottesdienst nahmen alle Mitglieder des Domkapitels in den traditionellen Roben teil.

## Bundestag in Berlin

Berlin (Eigenmeldung/DPA). Die Arbeitstagung des Bundestages in Berlin in der Zeit vom 17. bis 21. Oktober wird voraussichtlich in dem großen Hörsaal des physikalischen Instituts der Technischen Universität stattfinden. Die endgültige Entscheidung wird der Bundestagspräsident in Kürze treffen.

## Große Leistungsschau in Berlin

### Spitzenerzeugnisse in der Deutschen Industrie-Ausstellung

Berlin (Eigenbericht). Zum sechsten Male findet in den Hallen am Funkturm die Deutsche Industrie-Ausstellung statt. 1106 in- und ausländische Firmen sind an dieser großen, einzigartigen Leistungsschau der internationalen und deutschen Wirtschaft beteiligt. Die Zahl der ausländischen Aussteller und Organisationen aus 26 Ländern hat sich gegenüber 1950 damit praktisch verdreifacht.

Erstmalig hat sich eine ausgesprochene Raumnot bemerkbar gemacht. Ein erster Rundgang beweist, daß die zwölf Hallen und die zehn Pavillons auf dem Platz der Nationen zu eng geworden sind, um dieses riesige Angebot von Erzeugnissen aufzunehmen.

Der Fachmann kann die Weiterentwicklung der Produktion mit geübtem Auge sehr bald erkennen, sei es nun in der Halle mit den Produkten der Rundfunk-, Fernseh- und Phono-Industrie, auf den großflächigen Schauständen der Elektrotechnik, der Chemie, Kautschukindustrie oder bei der Hohlglaschau. Ein reichhaltiges Sortiment bietet die fotografische Industrie. Auf dem Stand der NE-Metallindustrie fallen die kostbaren Stücke der Porzellan- und Kupferschau besonders auf. Auch die Aluminiumschau bringt sehenswerte interessante Modellstücke und Fertigteile. Wie immer hat die Pommern-Halle mit den wuchtigen Schauobjekten der Eisen- und Stahlindustrie ihren besonderen Charakter. Der Apparatebau mit Werkzeugmaschinen sowie Eisen-

Blech- und Metallwaren füllt zahlreiche Kojen in der Thüringen-Halle. Die Sachsen-Halle birgt interessante Maschinen für das Büro- und Geschäftsleben. Sogar einige Schnelldruckereien sind hier zu besichtigen. Die am Nordrand des Ausstellungsgeländes gelegenen Hallen „Danzig“ und „Saarland“ gehören der Möbelindustrie und Holzverarbeitung.

In dem Pavillon auf dem Platz der Nationen geben sich insgesamt 17 Staaten ein Rendezvous.

## Was wird Moskau geboten?

### In Washington begannen Vorbereitungs-Verhandlungen

Washington (AP/DPA). Unter strengster Geheimhaltung begannen in Washington Besprechungen der Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und der USA über die westliche Konferenzstrategie bei den kommenden Außenministerverhandlungen mit der Sowjetunion in Genf. Auch Bundesaußenminister von Brentano soll hinzugezogen werden.

Hauptthema ist die Frage, was man der Sowjetunion an-

bieten kann, damit sie der Wiedervereinigung Deutschlands zu westlichen Bedingungen zustimmt. Das Angebot eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems auf der Grundlage von Nichtangriffsgarantien der drei Westmächte und Gesamtdeutschlands hält man jetzt für zu schwach. Es wird an „stärkere Lockungen“ gedacht, beispielsweise an günstige Handelsangebote.

In Washington ist man jetzt überzeugt, daß Moskau mit der Erklärung, die Zeit für die Wiedervereinigung sei noch nicht gekommen, eine feste politische Stellung bezogen hat und nicht nur, wie man noch nach Genf glaubte, eine gegebenenfalls aufgebare Verhandlungsposition.

Wien (AP). Das österreichische Unterrichtsministerium gab bekannt, daß es gegenwärtig mit der Ausmerzung geschichtlicher Unwahrheiten aus dem Schulunterricht bemüht sei. In Zukunft soll beispielsweise nicht mehr von „Unterrichtssprache“ die Rede sein. Dieser Gegenstand in der Schule wird künftig wieder „Deutsch“ heißen. In diesem Sinne wird auch ein österreichischer Schulatlas neu aufgelegt. In dem bisherigen Atlas waren zum Beispiel sämtliche Städte hinter der provisorischen Oder-Neiße-Linie nur polnisch angeführt. In der Neuauflage soll der gebräuchliche deutsche Städtenamen an der ersten Stelle und der polonisierte erst in Klammern erwähnt werden.

## Eine Absage an Pankow

### Holland entscheidet wie andere Weststaaten

Berlin (Eigenmeldung). Die niederländische Regierung werde in der Frage der Anerkennung der Sowjetzonen-Regierung nicht anders entscheiden, als die anderen Länder des Westens, erklärte der niederländische Ministerpräsident Dr. Willem Drees auf einer Pressekonferenz in Berlin.

Auf Befragen versicherte Drees, daß die Mehrheit der niederländischen Bevölkerung trotz ihrer bitteren Erfahrungen im Kriege die Notwendigkeit einer kollektiven Verteidigung unter Einschuß deutscher Streitkräfte bejahe.

Drees, der vor wenigen Wochen auf eine ununterbrochene zehnjährige Amtszeit zurückblicken konnte und der „dienstälteste“ europäische Ministerpräsident ist, hielt sich auf Einladung der Ernst-Reuter-Gesellschaft für zwei Tage in Berlin auf. Obwohl er während des Krieges einige Zeit im KZ Buchenwald inhaftiert war, machte er sich nach dem Kriege zum Sprecher einer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland. Am Vormittag hatte sich Drees im Rathaus Schöneberg in das Goldene Buch von Berlin eingetragen.

## Kontakt Bonn - Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Zwischen dem Berliner Senat und der Bundesregierung werden alle Folgerungen, die sich aus der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion ergeben könnten, im engsten Einvernehmen beraten. Dies wurde von einem Senatsprecher bekanntgegeben.

# Der Mensch und der Sowjetmensch

## Reise in eine fremde Welt (II) / Von unserem Sonderberichterstatter

Nach einem achttägigen Aufenthalt in Moskau ist niemand dazu legitimiert, eine Analyse des russischen Menschen und — seiner neuen Prägung — des Sowjetmenschen zu geben. Das wäre vermessen und nicht dem Umstand gerecht, daß die Erfahrungen weniger Tage nicht ausreichen, um solche Aussagen mit Anstand zu machen. Ich kann also nur persönliche Eindrücke und Erlebnisse berichten und bin weit davon entfernt, ihnen allgemeine Gültigkeit zu geben.

### Nicht anders als bei uns

Im rein menschlichen Bezirk sind die Beobachtungen noch am einfachsten. Hier nämlich gleichen sich ungefähr alle zivilisierten Völker in ihren Gefühlen, ihren Tugenden und ihren Fehlern. Hier fehlt also nichts von dem, was auch bei uns menschlich und sogar allzu menschlich ist. Das reicht über viele Stufen von der rührenden Sorge der Eltern um das Kleinkind, das sie bei gemeinsamem Gang durch den Park abwechselnd im Arm tragen, bis zu dem Betrunkenen, der in nächstlicher Stunde in weit ausholender Zick-Zack-Bewegung über die breiten Straßen torkelt. Menschliches und allzu Menschliches! Das ist nicht anders als bei uns.

Es bedarf auch keiner rühmenden Hervorhebung, daß derjenige, der als fremder Besucher nach Moskau kommt, freundlich empfangen wird. Das ist in allen zivilisierten Ländern üblich. Nach dem furchtbaren Geschehen, das seit Jahren zwischen dem russischen und dem deutschen Volke liegt, darf jedoch als erfreulich festgestellt werden, daß die Moskauer Bevölkerung auch den deutschen Gästen zwar mit einer verständlichen Neugier, aber ohne spürbares Ressentiment entgegentritt. Ich habe gelegentlich Zurückhaltung, aber keine Unfreundlichkeit erfahren. In einem Falle fand ich sogar ein gutes Verständnis für die Lage Deutschlands. Das war ein Russe, der sich für die Flugzeuge interessierte, mit denen die deutsche Delegation nach

Moskau gekommen war. Ich sagte ihm, daß es große, moderne Flugzeuge der Deutschen Lufthansa seien — der westdeutschen, so fügte ich hinzu: „denn bei uns ist alles östlich-westlich geteilt, sogar die Lufthansa, die es unter dem gleichen Namen auch in der Sowjetzonenrepublik gibt.“ Mit einer Handbewegung des Unwillens und einer ebenso unmißverständlichen Miene bedeutete er mir, daß er das alles für einen ziemlich verrückten Unsinn halte — wobei er sich hoffentlich darüber klar war, daß das vor allem ein sowjetischer Unsinn ist. Dieser Mann war mir sympathisch. Man muß jedoch mit der Übertragung einer so guten menschlichen Erfahrung auf die sowjetische Politik wohl vorsichtig sein. Sie folgt nämlich anderen Gesetzen und wird von anderen gemacht.

### Ein unsicherer Boden

Neben dem Menschlichen, das uns allen gemeinsam ist, steht nämlich das Sowjetmenschliche, das uns trennt oder wenigstens trennend unterscheidet. In der Formulierung „Sowjetmensch“ lag ursprünglich wohl ein Anspruch des Sowjetstaates an den Menschen: er sollte ihm mit seinem ganzen Fühlen, Denken und Tun gehören. Heute umschließt sie wahrscheinlich auch ein Bekenntnis des Menschen, der Jugend vor allem, zum Sowjetstaat.

Aber hier betritt man einen unsicheren Boden, auf dem es für den fremden Besucher nur zufällige Eindrücke, aber keine meßbaren Größen gibt. Da war die kleine Dolmetscherin, die uns während einer Rundfahrt durch Moskau stolz die Leistungen der „Sowjetmacht“ vorführte. Ihr Gefühl war ehrlich, und sie schien traurig zu sein, wenn wir ihren Geschmack an den in Höhe und Breite gewaltigen Kästen der neuen Wohn- und Verwaltungsbauten nicht teilten. Wir sahen wiederholt die zahlreichen, meist jugendlichen Moskauer, die sich noch am späten Abend zur stündlichen Ablösung des Doppelpostens am Mausoleum auf dem Roten Platz einfanden. Wir

waren unter den vielen Tausenden, die täglich durch die Museen des Kremls wandern, und sahen andere Tausende oder Zehntausende, die trotz großer Hitze in riesenlangen Schlangen ausharrten, um einen Blick auf Lenin und Stalin zu werfen. Wir beobachteten die Massen, die an prächtigen Herbstabenden in zwangloser Haltung die Straßen der City bevölkerten.

Sie alle sind zweifellos einem objektiven Mangel an Freiheit ausgesetzt. Aber ich weiß nicht, ob sie sich dessen überhaupt bewußt sind, da sie die Freiheit in unserem Sinne auch in der vorsowjetischen Zeit nie gekannt haben und auch die Welt nicht kennen, die sie draußen umgibt. Infolge des unaufhörlichen propagandistischen Bombardements, dem der Sowjetmensch von frühester Jugend an ausgesetzt ist, hat er in einseitiger Denkrichtung von seiner eigenen Situation und von der Außenwelt ein Bild gewonnen, das der Wirklichkeit nicht entspricht. Der Mangel an Information bewahrt und verstärkt noch die Enge seiner Erfahrungen. Wenn der Sowjetmensch, wie es äußerlich scheint, trotz vieler Mängel und unerfüllter Wünsche in und mit seinem Staate zufrieden ist, so geht das wohl nicht zuletzt auf diese Umstände und auch auf seine Zuversicht zurück, daß die unzweifelhaften Fortschritte seines Landes ihm für die Zukunft auch das heute noch Fehlende verheißen. Mir scheint jedenfalls, daß der sowjetische Staat auch im Bewußtsein der Bevölkerung heute fester steht, als es eine bisweilen hörbare Skepsis draußen wahrhaben will.

### Leben und leben lassen!

Ich sprach hierüber eingehend mit einer Engländerin, die als geborene Russin mit einem in zwischen verstorbenen britischen Offizier verheiratet war. Sie hatte seit zwanzig Jahren ihre Heimat nicht gesehen und war nun für einige Wochen nach der Sowjetunion gekommen. „Heimweg nach meinen Verwandten“ hatte sie in dem Gesuch um das Einreisevisum als Grund der Reise angegeben. Nach vier-

Fortsetzung Seite 6

## SED entdeckt „vergessene Dörfer“

### Der Bauer als Stiefkind staatlicher Versorgungsorgane

Während in Westberlin die große deutsche Industrieausstellung dokumentiert, wie das letzte Dorf von der Technik erschlossen worden ist, muß die SED in der Zone eine Untersuchungskommission einsetzen, die das Versagen des „Landhandels“ überprüfen soll. Die Aufgabe dieser Kommission ist mehr demonstrativer als nutzbringender Art: Sie soll ergründen, warum 80 Prozent aller sowjetzonalen Dörfer noch heute nicht an das Verkaufsnetz von HO und Konsum angeschlossen sind. Warum die Leute aus den thüringischen Dörfern bis nach Weimar, Erfurt oder gar Berlin fahren müssen, um sich Dinge zu kaufen, die sich der westdeutsche Bauer mit Telefonanruf oder Postkarte laut Katalog bestellt.

Anlaß war die Reise eines Reporterkollektivs des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“. Dieses entdeckte sowohl in Thüringen als auch im Erzgebirge eine Reihe von Dörfern, in die noch niemals ein Vertreter des Konsums oder der HO gekommen war. Eine Nachprüfung ergab, daß den örtlichen Stellen des staatlichen Handels diese Dörfer überhaupt nicht bekannt waren. Die offizielle Ostberliner Ortsliste hatte sie nicht enthalten...

Aufschlußreich ist, daß diese mit viel Mühe und Bildern zusammengestellte Großreportage nie veröffentlicht werden durfte, weil gerade die Feiern zum „Tag der demokratischen Bodenreform“ im Gange waren. Später buchte man die Empörung auf die Bildung besagter Untersuchungskommission ab.

### Warendecke zu knapp

Tatsache ist, daß die staatlichen Stellen über die Versorgung der Landbevölkerung seit jeher bestens im Bilde sind. Die Warendecke ist einfach zu knapp, um das kleinste thüringische Dorf mitzuversorgen. Müssen doch schon die Kleinstädter in die nächste Bezirkshauptstadt fahren, wenn sie bestimmte Bekleidungs- oder Hausratgegenstände brauchen.

## Ulbricht-Drohung bedeutungslos

### Londoner Kommentar zu etwaigen Verkehrsbeschränkungen

London (AP/DPA). Ein Sprecher des britischen Außenministeriums bezeichnete die Drohung Walter Ulbrichts, daß neue Verkehrseinschränkungen für Westberlin erwartet werden könnten, wenn Westdeutschland „den kalten Krieg gegen die

DDR“ nicht einstelle, als bedeutungslos. Der Sprecher sagte: „Wir haben schon ganz andere Blockaden unbeschädigt überstanden.“ Die Westmächte hätten nach wie vor das Recht auf freien Zugang nach Berlin.

Stadt abholen, er habe ja Pferde.

### Eine Denkschrift

Die jetzt tätige Kommission, die es bei einem kritischen Bericht bewenden lassen wird, hat nach den ersten Angaben mehr als tausend solcher „vergessenen Dörfer“ entdeckt. In einer Denkschrift weist man auf die Zusammenhänge zwischen Ablieferung und Landhandel hin, da der Bauer schließlich nur dann ein Interesse an überplanmäßiger Ablieferung seiner Erzeugnisse haben könne, wenn er für das erhaltene Geld auch die dringend benötigten Waren kaufen kann. Das dürfte auch der Grund dafür sein, weshalb man alljährlich Tausende von Industriearbeitern, aber kaum einen einzigen Bauern kostenlos zur Leipziger Messe fahren läßt. Vielleicht sollte die SED-Kommission einmal die fassungslosen Gesichter sowjetzonaler Bauern auf einer Westberliner Industrieausstellung oder gar auf der „Grünen Woche“ betrachten, wenn diese in den Mammutkatalogen blättern.

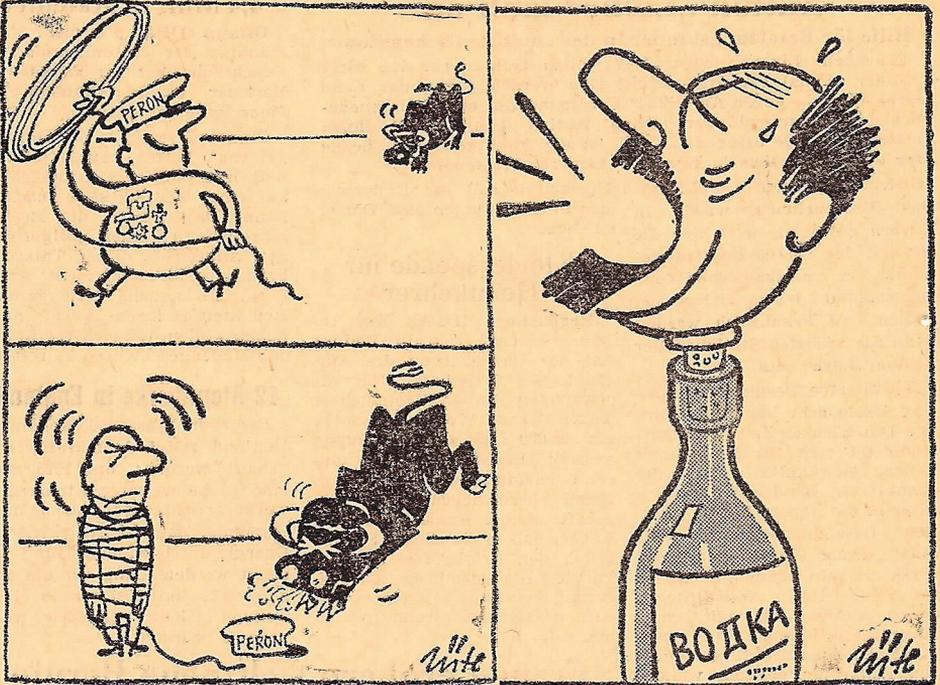
## Der Mensch und der Sowjetmensch

### (Fortsetzung von Seite 5)

wöchigem Warten hatte sie das Visum erhalten, obwohl nach der bisherigen amtlichen Meinung die Ehe einer Russin mit einem Ausländer gewissermaßen ein sowjetmenschliches Versagen einschließt. Sie sagte mir, daß sich in diesen zwanzig Jahren vieles zugunsten der Bevölkerung verändert habe. Sie betonte aber auch die absolute Unkenntnis des Sowjetmenschen über Lebensart und Lebensstandard der westlichen Welt. Das Fehlen eines aus eigenem Augenschein gewonnenen Vergleichsmaßstabes hatte die erstaunliche Folge, daß eine ihrer Verwandten ihr allen Ernstes

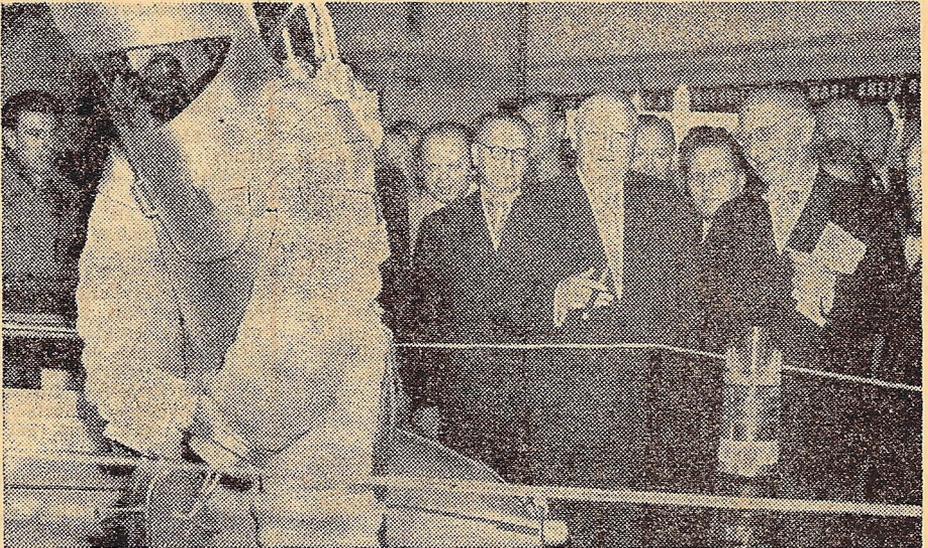
sagte: „Hoffentlich habt ihr in England so viele Freiheiten wie wir.“

Wer von unserer Seite des Eisernen Vorhangs in die Sowjetunion reist, der macht also eine Reise in eine fremde Welt, in der alles anders ist als bei uns. Es ist eine Welt, in der wir, täglich umgeben von einer absoluten Allmacht des Staates, der schwerfälligen Planwirtschaft und dem Zwang zum doktrinären Denken, nicht leben möchten. Aber wir müssen bereit sein, und die ganze Welt sollte es sein, den sowjetischen Staat in seiner inneren Eigenart mit seinen Mängeln und Leistungen zu respektieren. Wir müssen die Sowjetmenschen so leben lassen, wie sie es für gut und richtig halten — so, wie wir es umgekehrt von ihnen auch für uns fordern. Das wäre dann ein von Haß, Hetze und gegenseitiger Herabsetzung freies Nebeneinander, ein friedlicher Wettbewerb der Leistungen, den wir sicher nicht zu fürchten brauchen.



Der letzte Wurf!

Ulbricht lönt aus Moskau



DAS BILD DER WOCHE. Bundeswirtschaftsminister Erhard und Berlins Regierender Bürgermeister Suhr besichtigen auf der Industrie-Ausstellung einen Schutzanzug für künftige Weltraumfahrer.

## Aktion „Liebe“ läuft an

### Hilfe für Besatzungskinder in der amerikanischen Zone

München (Eigenbericht). „Wir wollen verhindern, daß diese Kinder einmal von Haß erfüllt sein werden gegen das Land ihrer Väter — gegen Amerika!“ Ferdinand Ohl meint die unehelichen Besatzungskinder. Seine Aktion „Love“ soll ihnen materielle Hilfe bringen. „Love“ ist die Abkürzung für „League for Orphan Victims in Europa“ (Liga für Waisenopfer).

Gleichzeitig bedeutet es „Liebe“.

Das Unternehmen wurde in Bayern gestartet, weil hier die meisten der 180 000 Besatzungskinder der amerikanischen Zone Deutschlands leben. Österreich, Italien und Frankreich werden dann die nächsten Stationen der Aktion „Love“ sein.

Die ältesten Besatzungskinder sind heute acht bis zehn Jahre alt. Die nächste Zeit wird entscheidend sein für ihr ganzes Leben. Gewöhnlich treten die begabteren Kinder in diesem Alter in die höhere Schule über. Den Besatzungskindern aber dürfte dieser Weg in der Regel versperrt sein, denn ihre allein-stehenden Mütter oder Pflegeeltern werden die mit einer längeren Schulausbildung verbundenen finanziellen Belastungen kaum übernehmen wollen. Hier hat sich nun die amerikanische „Love-Liga“ eingeschaltet. „Wir wollen die Kinder von dem Augenblick an unterstützen, wo sie in den eigentlichen Lebenskampf eintreten“, sagt Ferdinand Ohl, der Direktor für Deutschland.

Die Grundidee ist so einfach wie gut: Jedem bedürftigen Besatzungskind sollen Pateneltern in den USA vermittelt werden, die ihm eine seiner Begabung entsprechende Ausbildung ermöglichen sollen. Sie verpflichten sich, jährlich einen bestimmten Dollarbetrag zu überweisen, der mündelsicher angelegt und vom Amtsvormund des Kindes zweckgebunden verwaltet wird. Der Staat will auf Steuern und Rückgriffsrechte verzichten. Im

Normalfall soll die Endsumme der Überweisungen 4000 DM erreichen.

## Kleiderspende für Heimkehrer

Regensburg (DPA). Der Inhaber einer Firma in Weiden hat der Lagerleitung des Auffanglagers Friedland für die erwarteten Rußland-Heimkehrer Textilien im Werte von mehr als 20 000 DM zur Verfügung gestellt. Es sind mehrere tausend Kleidungsstücke, die auf Abruf bereitliegen. Der Geschäftsinhaber schrieb an das Lager, daß er zu dieser Spende durch den Erfolg von Bundeskanzler Adenauer in der Kriegsgefangenenfrage bei seinem Besuch in Moskau veranlaßt worden sei.

## Frauen erobern sich neue Berufe

### Bundesanstalt schlägt vor: Augenoptikerin, Bauzeichnerin

Nürnberg (AP/DPA). Eine Ausweitung des beruflichen Tätigkeitsfeldes der Frau ist nach Ansicht der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine der wesentlichsten Voraussetzungen, um den wachsenden Anforderungen nach Arbeitskräften nachkommen zu können. Weibliche Arbeitskräfte sollten nicht nur auf die Arbeit in den „traditionellen Frauenberufen“, sondern auch in Handwerk und Industrie verwiesen werden.

Von der Bundesanstalt werden den Frauen folgende Berufe besonders empfohlen: Augenoptikerin, Zahntechnikerin, Gold- und Silberschmiedin, Her-

## 4,4 Mill. Druckfehler

Ottawa (DPA). Um mehr Verständnis der Zeitungsleser für Druckfehler bat der kanadische Verleger W. H. Cranston in einer Rede in Ottawa.

Cranston sagte, Elektronengehirne hätten ausgerechnet, daß man 4 367 428 Druckfehler auf einer Zeitungssseite machen kann. Dabei seien die Rechtschreibfehler nicht mitgerechnet. Angesichts dieser Tatsache brauche man sich nicht wundern, daß manche Verleger und Redakteure ihren Beruf aufgeben wollen, um sich vor Ärger und Magengeschwüren zu retten.

## 12 Atomwerke in England

Bis zum Jahre 1965 sollen in England zwölf Atomkraftwerke gebaut werden; bis 1975 soll eine Reihe weiterer Atomkraftwerke errichtet werden mit dem Ergebnis, daß dann elektrische Energie durch Atomspaltung erzeugt werden kann, für die anderenfalls mindestens 40 Mill. Tonnen Kohle jährlich verbraucht würden.

renschneiderin, technische Zeichnerin, Bauzeichnerin und Chemielaborantin.

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2. Telefon: 66 54 31.

Druck: W. Büxenstein, GmbH.